

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Hg. Reklamen 2.— Mf. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Beispr. 9.

Reichswehr und Verfassung.

Berlin, 4. Juni. Im Hinblick auf den Ernst der Zeit und die augenblicklich bevorstehenden öffentlichen Aufgaben hatte der Reichswehrminister gestern sämtliche Generale zu gemeinsamer gründlicher Aussprache über alle schwebenden Fragen im Reichswehrministerium veranlasst. Dr. Geßler betonte den verammelten Offizieren gegenüber, daß der Rapp-putsch die Reichswehr in den Mittelpunkt aller Erörterungen gestellt habe, und sagte weiter, bei Uebernahme seines Amtes sei es für ihn vor allem darauf angekommen, die Truppen wieder in ihrem inneren Halt zu stärken. Vor allem liege der Regierung daran, in Zukunft von der gesamten Reichswehr den Schutz der Verfassung gewährleistet zu wissen. Innere Geschlossenheit und feste Zügelung zwischen Führern und Truppe seien vor allem die Hauptfordernisse. Der größte Teil des Offizierkorps sei in den Anschauungen der früheren Staatsform erzogen und es unterliege keinem Zweifel, daß es gerade für charaktervolle Männer schwer sei, sich ohne inneren Kampf in die neue Zeit zu finden. Niemand könne aber ein öffentliches Amt bekleiden, der nicht bereit sei, unter allen Umständen seine dem Staate gegenüber übernommenen Pflichten zu tun. Besonders müsse man das von jedem militärischen Führer verlangen. Er sehe seine Hauptaufgabe darin, dahin zu wirken, daß die Reichswehr im Volk nicht als Fremdkörper empfunden werde und vom Volk müsse man verlangen, daß es die schwierige Lage seiner Wehrmacht gerecht beurteile. Gleichzeitig müßten die Angehörigen der Wehrmacht befreit sein, auch ihrerseits den Weg zu ihren Mitbürgern zu suchen. Die endliche Stabilisierung unserer staatlichen Verhältnisse erscheine ihm auch im Interesse der Reichswehr von Bedeutung. Immer wieder sei ihm bei seinen Besuchen bei den Truppen am härtesten das Gefühl wirtschaftlicher Unsicherheit bei dieser in Erscheinung getreten. Wenn wir in der Wehrmacht zu geordneten Verhältnissen gelangen wollten, so müsse dieser Unsicherheit ein Ende bereitet werden. Dies könne aber nicht geschehen, wenn wir nicht wüßten, ob wir das 200 000-Mann-Heer behalten würden. Darüber solle in Spaa entschieden werden. Damit es aber zu den dortigen Verhandlungen überhaupt kommen könne, sei die Erhaltung der inneren Ruhe und Ordnung die Hauptbedingung. — Als Vertreter der verammelten Offiziere richtete der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, an den ebenfalls anwesenden Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Unser aller Ziel ist klar, es ist die Gesundung und Wiedererstattung unseres Vaterlandes, wozu uns Ordnung und Arbeit führen müssen. Alle seien fest überzeugt, daß zur Befestigung der Staat einer festen, wohlgeplanten Wehrmacht bedürfe, in der selbst Ordnung und Arbeit herrsche. Diese junge neue Wehrmacht herzustellen, sei die Aufgabe der Offiziere. Manches sei erreicht, vieles bleibe aber noch zu tun. Wir bedürfen für unsere Arbeit des Vertrauens und des Verständnisses weiter Kreise des gesamten Volkes, seiner Vertretung und der Regierung. Zum Schlusse sagte der Redner: Wenn wir um dieses Vertrauen bitten, so geben wir dafür als Pfand die Versicherung unserer entschlossenen Treue zu der beschworenen Verpflichtung auf Gesetze und Verfassung. Hierauf nahm der Reichspräsident das Wort, dankte dem General v. Seeckt für seine Ausführungen und betonte, daß unbedingte Verfassungstreue gut disziplinierter und von pflichtbewußten Offizieren geführten Truppen in Zeiten der Gärung und der Entwidlung notwendiger denn je sei. Der Präsident hat volles Verständnis für die schwierige Lage der Offiziere und erlennt dankbar das bisher von Reichswehroffizieren und Mannschaften für die Sicherheit und Erhaltung des Vaterlandes geleistete an. Die erste Voraussetzung für die Wiederbelebung und Erhaltung des Vaterlandes sei die Erhaltung der Ruhe im Innern und deshalb müßten alle für dieses gemeinsame Ziel arbeiten.

Zur äußeren Lage.

Die Arbeiter des Luftschiffbaus gegen die Auslieferung der Zeppelinluftschiffe.

Berlin, 4. Juni. Aus Stuttgart wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, daß die Abgabe der nach dem Friedensvertrag an die Entente auszuliefernden Zeppelinluftschiffe, die in den nächsten Wochen übergeführt werden sollten, nach Friedrichshafener Meldungen auf Schwierigkeiten stößt. Die Arbeiter des Luftschiffbaus Zeppelin und die Besatzung der Delag, die das Fertigmachen bezw.

die Ueberführung der Luftschiffe übernehmen sollten, weigerten sich, dies zu tun, weil sie durch die Maßnahmen der Entente den deutschen Luftschiffbau und den Luftschiffbetrieb als bedroht ansehen. Sie machen ihre Mitwirkung bei der Ablieferung der Luftschiffe insbesondere davon abhängig, daß die beiden Verkehrsluftschiffe „Bodensee“ und „Nordstern“ Deutschland verlassen und keine Zerstörung der Werftanlagen verlangt wird, welche den Bau von Luftschiffen auf längere Zeit lahmlegen würde.

Die systematische Fernhaltung Deutschlands von der Handelschiffahrt.

Berlin 3. Juni. Bezüglich der nach dem Friedensvertrag ablieferungsplichtigen, aber noch im Bau befindlichen deutschen Handelschiffe von insgesamt 325 000 Bruttoregistertonnen war im Vertrage die Frage offen geblieben, auf wessen Kosten diese Schiffe zwecks Ablieferung fertigzustellen sind. Nach Vereinbarung mit der deutschen Schiffsahrtsdelegation in London werden diese Schiffe nunmehr auf deutsche Rechnung fertiggestellt. Die Alliierten erhalten von diesen fertigen Schiffen 325 000 Registertonnen, Deutschland dagegen nur 100 000 und leider nur diejenigen, die zur Zeit den geringsten Fertigungsgrad aufweisen. Abgelehnt wurden dagegen die Anträge auf Ueberlassung von weiteren 45 000 Tonnen an Deutschland. Es muß jetzt umso mehr der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß die Reparationskommission in Würdigung der in dem 2. Memorandum nachdrücklich hervorgehobenen Momente in kürzester Frist Verfügung trifft, daß ein Teil des noch ablieferungsplichtigen Schiffsraums Deutschland überlassen wird.

Die elsass-lothringische Frage in der französischen Kammer.

Paris 4. Juni. In der französischen Kammer wurde bei der Budgetberatung über Elsass-Lothringen gesprochen. Bei diesem Anlaß erklärte Ministerpräsident Millerand, daß es bis jetzt schwer gewesen sei, die Verwaltung von Elsass-Lothringen mit den verschiedenen Ministerien in Einklang zu bringen. Seit einigen Monaten seien jedoch Fortschritte gemacht worden in bezug auf die Annäherung der beiden Gesetzgebungen. Man dürfe aber nicht glauben, daß die französische Gesetzgebung nunmehr die Gesetzgebung von Elsass-Lothringen in sich aufnehmen solle, im Gegenteil, die französische Gesetzgebung könne vieles (!) von der anderen Gesetzgebung lernen und er fasse vielmehr ein Wort der gegenseitigen Durchdringung ins Auge. — Eine ganze Reihe von Abgeordneten aus Elsass-Lothringen brachte Beschwerden vor. U. a. erklärte der Deputierte Müller, es dürfe nicht wieder vorkommen, daß man den Elsass-Lothringern sage: „Gebt eure Vorgesetzten Methoden auf!“ „Wenn euch unsere Methoden nicht gefallen, dann überschreit den Rhein!“ — Der Generalkommissar für Elsass-Lothringen, Mapiet, der der Sitzung beiwohnte, erklärte, daß es sein Bestreben sei, es dahin zu bringen, daß die französische Verwaltung nicht weniger wert sein dürfe (!) als die deutsche Verwaltung. Er werde sich bemühen, den Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Auch sei sein Bestreben, den Beamten in Elsass-Lothringen ein Statut zu geben, das ihren Wünschen entspreche. — Man sieht, wie „innig“ die Bande sind, die das französische Volk mit den elsass-lothringischen „Brüdern“ umschlingt.

Litauen und der bolschewistisch-polnische Krieg.

Kopenhagen, 3. Juni. Der Vertreter der „Berliner Tidende“ in Kowno hatte eine Unterredung mit dem litauischen Minister des Innern, der zunächst die Meldung, daß Litauen ein Militärbündnis mit den Bolschewisten abgeschlossen hätte, erneut dementierte und weiter sagte: Die Bolschewisten haben uns vor die Frage gestellt, welche Haltung wir angesichts der Kriegsoperationen in den Gebieten einnehmen wollen, die Sowjetrußland als unbefreitbaren Teil des litauischen Staates anerkennt und die jetzt von den Polen besetzt sind. Man hat sich zunächst mit den Ententemächten in Verbindung gesetzt. Frankreich hat bereits Litauen gewarnt, auf dem Wege Litauens vermitteltes Recht gegenüber Polen zu behaupten. Von England ist noch keine Antwort eingegangen. Die litauische Regierung hat beschloffen, einen allgemeinen Mobilisierungsbefehl zu erlassen. — Natürlich sind die Franzosen bestrebt, ihrem Schokkind Polen jede Gewalttat zuzugestehen, weil sie doch von demselben Holz sind.

Wiederherstellung der russischen Ostflotte.

Kopenhagen, 3. Juni. „National Tidende“ meldet aus Helsingfors: Verschiedene hier eingelaufene Nachrichten besagen, daß die bolschewistische Kriegsleitung eifrig mit der Wiederherstellung der russischen Ostflotte beschäftigt ist.

Boykott Ungarns durch den internationalen Gewerkschaftsbund wegen Verfolgung der ungarischen Arbeiter.

Amsterdam, 3. Juni. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat im Einvernehmen mit dem Generatrat der internationalen Transportvereinigung, der am 31. Mai und 1. Juni in Amsterdam zusammengetreten war, beschlossen, vom Sonntag, den 20. Juni an den völligen Boykott gegen Ungarn zu verhängen. Von diesem Tage an soll jeder Verkehr mit Ungarn durch Eisenbahn, Post und Telegraph oder welcher Art sonst als Protest gegen die Verfolgung der ungarischen Arbeiterschaft vollständig stillgelegt werden.

Verlängerung des englisch-japanischen Bündnisvertrags.

Rotterdam, 3. Juni. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, wird der englisch-japanische Vertrag wahrscheinlich automatisch ein Jahr weiterlaufen, da die Zeit bis zum 1. Juli nicht mehr für eine Revision ausreicht.

Anslaud.

Vom österreichischen Reichsarbeiterrat.

Wien, 3. Juni. Nach einem Bericht der Sozialistischen Korrespondenz nahm der Reichsarbeiterrat den Antrag an, nach dem er die Einstellung aller Lieferungen von Kriegsgüter an Polen und Ungarn fordert. Der Reichsarbeiterrat verlangt ferner baldmöglichste Wiederherstellung der normalen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, sobald die Durchführung des Boykotts gegen Ungarn, sobald ihn die internationalen Gewerkschaftszentrale verhängt haben wird. Der Reichsarbeiterrat erklärt, daß, wenn Ungarn nicht zur Abrüstung angehalten werden könne und die Bourgeoisie, sowie die Bauernschaft Deutsch-Österreichs nicht entwaffnet würden, auch die Arbeiterklassen Deutsch-Österreichs gezwungen sein werden, Heintwehren aus verlässlichen Republikanern zu organisieren. Ferner fordert er zur Sicherung der Republik die Demokratisierung der Verwaltung, sowie Kommunalisierung der Polizei.

Die Rapp-putschmilitäres in Ungarn.

Berlin, 3. Juni. Nach einer Mitteilung des Reichswehrministeriums an die Blätter befinden sich Oberst Bauer, General Lüttwich, Major v. Stefani und Major Bischoff seit dem 24. Mai in Budapest.

Ein Bauernaufstand in Südrußland unterdrückt.

Paris, 3. Juni. Nach einer Havas-Meldung aus London hat man dort in gut unterrichteten Kreisen erfahren, in Südrußland sei ein Bauernaufstand ausgebrochen, aber blutig niedergeschlagen worden. Hunderte von Bauern seien getötet und viele Dörfer vollständig zerstört worden.

Preissturz in Südfrankreich.

Berlin, 14. Juni. Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet aus Bern, daß die Preise aller Waren und vor allem die des Weins in Südfrankreich fallen, da Aussicht auf eine außerordentliche Ernte besteht.

Die Angst in England vor dem Bolschewismus.

London, 3. Juni. Es wurde kürzlich behauptet, daß der Sowjetvertreter Krasin Schritte unternahme zur Errichtung eines Propagandaunternehmens in London. Neuter vernimmt aus autoritativer Quelle, daß diese Nachricht durchaus unbegründet ist. Die Arbeiten der Mission Krasin beschränken sich auf das Studium der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. Es ist daher keine Rede davon, daß es der Mission gestattet ist, in irgendwelcher Form Propaganda zu machen.

Amerikanischer Wahlskandal.

Berlin, 4. Juni. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, wird in Newyork ein Skandal im Zusammenhang mit der Präsidentschaftskandidatur des amerikanischen Generals Wood erwartet, weil der General für seine Wahlkampagne angeblich einen Betrag von einer halben Million Dollar angenommen hat, was als Bestechung betrachtet wird.

Sozial-
unsern
en?
ei!
bung.
Freunde und
den 5. Juni
Feier
rühre Brauerei
Böckingen.
langer hier.
bung.
Freunde und
den 5. Juni
Feier
Oberkollbach
Siemenbronn.
Oberkollbach.
Einladung ent-
ädchen
und Zimmer ge-
Braun, z. Lamm,
Altburg.
Neuenbürg.
unge,
die Bäckerei gründl.
will, wird sofort
amen, bei
Chr. Mayer,
Bäckermeister.
rlengenhardt.
sehr gut erhalten
Schnell-
Bage
Kg. mit eisernem
erkauf preiswert
Ulrich Stahl.
troph
erkaufen
Gottlob Pfäffe,
Merklingen.

Proteste amerikanischer Städte gegen die Verwendung Schwarzer im besetzten Gebiet.

Berlin, 4. Juni. In vielen amerikanischen Städten erfolgen infolge der Bewegung gegen die Verwendung schwarzer Truppen im besetzten Gebiet Massenproteste. Die Erbitterung über die schwarze Schmach ist, wie verschiedenen Morgenblättern gemeldet wird, am stärksten in deutsch-amerikanischen und katholischen Kreisen.

Deutschland.

Conrad Haußmann für Deutschlands koloniale Rechte.

Stuttgart, 3. Juni. Der Abgeordnete Conrad Haußmann hat an den Vorsitzenden der Gruppe Württemberg des Verbandes der Auslandsdeutschen, Herrn Christ. Böhlinger, Stuttgart, folgendes Schreiben gerichtet: „Die Deutsche Demokratische Partei in Württemberg vertritt wie die Partei im Reich die Forderung, daß das unverjährbare Recht, das Deutschland trotz des Versailler Vertrags durch intelligente und opferreiche Kolonialarbeit erworben hat, in Spaa bei Besprechung des Mandats über die deutschen Kolonien nachdrücklich geltend zu machen ist. Diesen Standpunkt werde ich im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages vertreten.“

Zur Frage des Zusammentritts des Reichstages.

Berlin, 3. Juni. Wie wir erfahren, ist die Frage des Zusammentritts des Reichstages von folgenden Terminen der Reichswahlordnung abhängig. Am 6. Juni ist Wahltag. Am 9. Juni: Eingang der Ergebnisse der Wahlbezirke beim Kreiswahlleiter. Am 10. Juni: Sitzung der Kreiswahlausschüsse zur Ermittlung der Wahlergebnisse in den Wahlkreisen. Am 11. Juni: Eingang der Reststimmen der Wahlkreise bei den Verbandswahlleitern und beim Reichswahlleiter. Am 12. Juni: Sitzungen der Verbandswahlausschüsse zur Ermittlung der Zahl der auf Grund der Reststimmen noch auf die Kreiswahloorschlüsse entfallenden Abgeordneten, Mitteilung an die Kreiswahlleiter und Abgabe der Reststimmen an den Reichswahlleiter. Am 13. Juni: Sitzungen der Kreiswahlausschüsse zur Verteilung der Abgeordneten auf die Kreiswahloorschlüsse, Erklärung der erforderlichen Anzahl der Abgeordneten für gewählt, Benachrichtigung der Gewählten, gleichzeitig Eingang der Reststimmen der Wahlkreisverbände bei dem Reichswahlleiter. Am 14. Juni: Sitzung des Reichswahlausschusses zur Feststellung der Zahl der auf die Kreiswahloorschlüsse fallenden Abgeordneten, Benachrichtigung der Gewählten. Am 15. Juni: Zustellung der Nachricht an die auf Grund der Kreiswahloorschlüsse Gewählten über die Wahl. Am 16. Juni: Zustellung der Nachricht an die auf Grund der Reichslisten Gewählten über die Wahl. Am 22. Juni: Ablauf der Frist zur Erklärung über Annahme der Wahl auf Grund der Kreiswahloorschlüsse. Am 23. Juni: Ablauf der Frist zur Erklärung über Annahme der Wahl auf Grund der Reichslisten. Die Zusammenberufung des neuen Reichstages ist daher frühestens auf den 23. Juni möglich.

Als Stadt und Land.

Calw, den 4. Juni 1920

Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei.

Am Mittwoch abend hielt die Sozialdemokratische Partei ihre Wahlversammlung im „Bad Hof“ ab. Nach den Begrüßungsworten von Gemeinderat R. Störz hielt Reichsarbeitsminister Schlöde einen Vortrag über „Die politische Lage“. Der Redner wies auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen hin mit dem Bemerkten, daß eine besondere Rührigkeit bei den Parteien zu verspüren sei, die bei den letzten Wahlen schlecht abgeschnitten hätten. Bei den Wahlen werde jeweils viel gelogen. So sei es auch diesmal der Fall. Es sei eine faulstidige Lüge der Deutschnationalen, daß die Revolution an allem schuld sei. Ein Dolchstoß von hinten sei nicht gekommen, die Kraft von Deutschland sei geschwunden gewesen, da das Land wirtschaftlich ausgepumpt gewesen sei. Das Meer habe vom Jahre 1918 an von der Offensivseite in die Defensivseite sich drängen lassen müssen und nach dem Zusammenbruch von Bulgarien, der Türkei und Oesterreich sei ein Sieg Deutschlands nicht mehr zu erwarten gewesen. Mit unseren Reserven sei es zu Ende gewesen. Amerika habe in einem Monat 4 Millionen Soldaten herübergeworfen, habe lauter frische Truppen und großes Kriegsmaterial gehabt. Die Heeresleitung habe daher sofortige Einleitung von Friedensunterhandlungen verlangt. Prinz Max von Baden habe bereits einen vollständigen Entwurf zum Friedensangebot vorgefunden und sei erstaunt über das Drängen der Heeresleitung gewesen. Daß die Front zusammengebrochen sei, sei auch aus den Aufzeichnungen von Hindenburg und Ludendorff zu entnehmen. Dazu sei ein Erliegen der Heimat gekommen. Als natürliche Folge des Zusammenbruchs sei die Revolution anzusehen. Die Gründe des Zusammenbruchs seien mancherlei. Die Verfassung habe sich schon lange überlebt gehabt, sie sei auf Bismarck zugeschnitten gewesen, der eine führende Rolle Preußen zugeteilt habe. Der Süden habe von jeher eine freiere Verfassung gehabt als der Norden. Die preußische Verfassung habe sich auf das Meer gestützt und als dieses gefallen war, mußte notwendigerweise der Zusammenbruch der Verfassung folgen. Der junge und impulsive Kaiser habe sich seiner Ratgeber entledigt und dadurch das Volk in eine ungeheure Gefahr gebracht. Die Revolution habe sich ohne Schwerfötreich vollzogen, die Monarchen legten ihre Ämter nieder, Reichs-

kanzler und Minister traten zurück. Es sei nun Tatsache, daß die Sozialdemokratie die Zügel aufgegriffen habe, um das Staatschiff zu retten. Die großen Hoffnungen und Erwartungen seien leider nicht eingetroffen, es sei mit einem entscheidenden Sieg der Sozialdemokratie gerechnet worden und es wäre vielleicht auch zu einem solchen gekommen, wenn nicht die verschiedenen Puffe störend gewirkt und beim Volk einen Umschwung erregt hätten. Die Sozialdemokratische Partei samt den Unabhängigen zählte 187, die bürgerlichen Parteien 236 Mitglieder. Ohne Sozialdemokratie sei eine Regierung ausgeschlossen gewesen; aber auch die Sozialdemokratie allein habe die Regierung nicht übernehmen können. Es sei dann eine Koalition von 313 Mitgliedern der Nationalversammlung zustande gekommen. Bei einem Zusammenarbeiten von drei Parteien sei es selbstverständlich keiner Partei möglich gewesen, ihr Programm restlos durchzuführen, es mußten sich Kompromisse ergeben. Die ganze Gesetzgebung habe aber einen sozialen Einschlag. Die Hoffnungen auf den Friedensvertrag erfüllten sich nicht. Die Nationalversammlung habe deshalb unter ungeheuren Schwierigkeiten zu arbeiten gehabt. Da die Zustände sich nicht besserten, habe im Volk eine ungünstige Meinung sich eingewurzelt; es sei aber unmöglich gewesen, daß die Nationalversammlung alles erreichen konnte. Der Friedensvertrag sei nur von der Sozialdemokratie und Zentrum unterzeichnet worden, die Demokratie habe die Unterzeichnung abgelehnt. Später sei die Demokratie wieder in die Koalition eingetreten, da die Lage dies erfordert habe. Die Sozialdemokratie gehe mit dem Zentrum in sozialen und wirtschaftlichen Fragen, mit der Demokratie in politischen und kulturellen Fragen zusammen. Eine der wichtigsten Arbeiten der Regierung sei die Verfassung gewesen. Als große Errungenschaft sei das sogenannte Volksbegehren anzusehen. Es sei klar, daß Angriffe gegen die Verfassung von rechts und links kommen. Man könne es den rechtsstehenden Parteien nicht verübeln, wenn sie mit der Verfassung unzufrieden seien. Denn bisher seien sie die Herrschenden gewesen, nun hätte sich eben die Lage geändert. Von der linken Seite werde getadelt, daß die Verfassung kapitalistisch sei, daß das Privateigentum unter dem Schutz des Staates stehe und daß eine Enteignung des Privateigentums ohne Entschädigung nicht möglich sei. Jeder unbesangene Politiker werde aber zugeben, daß die ganze Gesetzgebung nicht kapitalfreundlich sei. Die Bürgerpartei erhebe den Vorwurf, es herrsche unter der jetzigen Regierung eine Korruptionswirtschaft, die im Kaiserreich nicht vorgekommen sei. Die Korruption habe aber schon während des Krieges bei den Heeresaufträgen Platz gegriffen und sei eben eine Folge des Krieges. Dazu komme, daß die Regierung die Autorität sich erst verschaffen muß. Dabei werde sie von den Gerichten nicht unterstützt, denn die Gerichte hätten die Gültigkeit der Wucherordnung angezweifelt und verhängen lächerlich kleine Strafen über Schieber und Wucherer. Durch die Revolution sei der Klassenstaat noch nicht beseitigt worden; was werde nicht alles gelogen über den Reichspräsidenten und seine Frau. Die Schuldenswirtschaft sei schon während des Krieges eingetreten, Helfertich habe durch seine Finanzwirtschaft Deutschlands Kredit erschüttert und das Sinken der Valuta habe das übrige dazu beigetragen. Erzberger habe das hohe Verdienst, den ersten Versuch gemacht zu haben, Deutschlands Finanzen wieder auf eine gute Basis zu stellen. Er habe die wichtige Forderung gestellt: Keine Ausgabe ohne Deckung. Die Steuerlast sei sehr hart; alles komme zusammen, daß wir nicht mehr so leistungsfähig seien wie früher. Ungeheure Ausgaben, wie z. B. 3 Milliarden für die Besatzungstruppen, 1 Milliarde für Unterdrückung von Tumulten, 25 Milliarden für Entschädigung der Auslandsdeutschen, 12 Milliarden Defizit bei den Eisenbahnen lassen erkennen, welche unermesslichen Schäden der Krieg Deutschland gebracht habe. Die Sozialdemokratie sei stets für direkte Steuern eingetreten, dies sei aber nicht mehr angängig gewesen, es mußten auch indirekte Steuern bewilligt werden. Am schwersten sei es der Sozialdemokratie geworden, für Besteuerung der Zigarren und des Tabaks zu stimmen. Bei den direkten Steuern, wie Einkommen-, Zuwachs- und Erbschaftsteuer, sowie dem Reichsnotopfer trete die antikapitalistische Tendenz hervor. Der Regierung werde der Vorwurf gemacht, es sei ihr nicht gelungen, die Bevölkerung mit ausreichenden Lebensmitteln zu versehen, aber die Ackerbaufläche sei um 15 Prozent zurückgegangen, 4 Millionen Tonnen Getreide und sehr große Kartoffelanbauflächen haben wir verloren. Die schlechte Valuta erschwere eine genügende Einfuhr. Die Zwangswirtschaft könne noch nicht aufgehoben werden; denn der Arme würde dabei verhungern. Solange kein Heberschuß an Lebensmitteln vorhanden sei, könne auch kein freier Handel eintreten. Allerdings könne man keine Freude an der Zwangswirtschaft haben, da sie den Schleichhandel begünstige. Die Ursache des Schleichhandels rühre schon von der alten Regierung her, welche den Munitionsarbeitern besondere Zuschüsse gewährt habe. Der organisierte Schleichhandel werde erst mit Aufhebung der Rationierung verschwinden. Ueber die Sozialisierung sei zu bemerken, daß eine solche nur bei aufsteigender wirtschaftlicher Konjunktur möglich sei, doch seien schon Betriebe sozialisiert und mit moderner Verwaltung versehen worden; auch in solchen Betrieben müsse Lehrgeld bezahlt werden. Die Sozialisierung sehe großen Gemeinnutzen voraus. Der Achtstundentag werde von der Regierung nicht beseitigt werden, da sie der Meinung sei, daß der Krieg die Kraft des Menschen gebrochen habe. Diese Errungenschaft könne aber verloren gehen, wenn ein anderer Reichstag komme; ebenso bestehe Gefahr auch für die übrigen Errungenschaften. Die von sozialem Geist durchdränkte Verfassung werde bestehen bleiben, wenn das Volk bei den Wahlen seine Pflicht tue und sozialdemokratisch wähle. Dem Redner wurde für seine sachlichen und objektiven Ausführungen von den sehr

zahlreichen Parteigenossen reicher Beifall zuteil, dem der Vorsitzende in warmen Worten besonderen Ausdruck verlieh. An den Vortrag schloß sich eine zum Teil erregte Debatte an, an welcher sich Paul Krämer, Handelschuldirektor Zügel und der Redner des Abends beteiligten.

Der Bezirksbeamtenbund zu den Wahlen.

Der Staatsbeamtenbund des Bezirks Calw hielt gestern eine gut besuchte Versammlung im Saale der Brauerei Dreiß. Der Vorsitzende Oberamtmann Gös erinnerte in seiner Begrüßungsrede daran, daß, wenn im November 1918 der Zusammenbruch kein vollständiger geworden ist, dies einzig und allein dem pflichtgetreuen deutschen Beamtenstand zu verdanken war. Allerdings hätte man erwarten dürfen, daß diese Tatsache mehr gewürdigt worden wäre. Der früher gewohnte Schutz von oben hätte sehr nachgelassen und heutzutage stehe der Beamtenstand vor der traurigen Tatsache, sich besser organisieren und kämpfen zu müssen, um nicht ins Proletariat herabgedrückt zu werden. Unser ganzes Volk regte wegen der damit verbundenen Korruption großes Interesse daran, daß dies sich nicht verwirkliche. Er gab dann einen Bericht über die seitherige Tätigkeit, welcher beifällig aufgenommen wurde. Hierauf wurde ein Bericht über die Stuttgarter Tagung der Beamtenbünde erstattet. Wie schon früher berichtet, haben die Beamtenbünde des Kreiswahlbezirks, zur Aufklärung ihrer Mitglieder welche mit Angehörigen 3000 Wähler repräsentieren, an die Kandidaten der verschiedenen Parteien 5 Fragen gerichtet. Die Antworten hierauf wurden verlesen: Volk befriedigt haben die Antworten der Bürgerpartei, der deutschen Volkspartei, der demokratischen Partei, des Zentrums und der Sozialdemokratie. Nicht befriedigt hat die Antwort der U.S.P., während die kommunistische Partei gar keine Antwort gab. Eine längere Aussprache ergab die Tatsache, daß der Kandidat des Bundes der Landwirte, Dingerl, auf die Fragen wegen einer gerechteren Handhabung der Steuer- gesetzgebung und wegen Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums gar keine Antwort gab, obwohl nicht nur die Beamten, sondern alle Festbesoldeten und Pensionäre gerade hierauf einen sehr großen Wert legen. Nach einer regen Aussprache über andere Beamtenfragen schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung. H.

Zum Lohnstreik im Textilarbeiterber.

Von der Ortsverwaltung Calw des deutschen Textilarbeiterverbandes wird uns geschrieben, daß unsere Nachricht über den Schiedspruch des Arbeitsministeriums in dem Lohnstreik zwischen dem deutschen Textilarbeiterverband und dem Verband südd. Textilarbeiter (Landesgruppe Württemberg) ebenso wie in anderen Zeitungen nicht ganz richtig sei, da die männlichen Arbeiter über 20 Jahren nicht 3.40 M sondern 4.50 M Stundenlohn erhalten.

Mittelmäßiges Wetter am Samstag u. Sonntag.

Unter der Herrschaft eines allerdings abgeschwächten, aber immer noch widerstandsfähigen Hochdrucks ist für Samstag und Sonntag vorwiegend trockenes, warmes, auch zu Gewitterbildungen geneigtes Wetter zu erwarten.

(S.C.B.) Vom Bodensee, 3. Juni. Der See steigt dauernd, so daß der westliche Landungssteg bereits überschwemmt ist und für den Zugang zu den Dampfern ein Gerüst gefertigt werden mußte. Vom Rheindelta wird berichtet, daß wegen des ständigen Steigens des Seespiegels weite Strecken überschwemmt worden seien. Auf tiefer gelegenen Wiesen mußte die Heuarbeit schnell in Angriff genommen werden. Sollte der See noch weiter steigen, ist zu befürchten, daß es um die heurige Ernte geschehen ist. Der ausgehobene Torf schwimmt im Wasser. Die Straße von der Station Reichenau zur Insel ist stellenweise ebenfalls überschwemmt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Gottesdienste.
1. Sonntag nach Trinit., 6. Juni. Vom Turm: 33. Predigtlied: 270. Es kommt der Herr... 8 Uhr: Frühpredigt, Stadtpfarrer Schmid. 10 Uhr: Hauptpredigt: Dekan Zeller. 1 Uhr: Christenlehre mit den Söhnen des älteren Jahrgangs. Donnerstag, 10. Juni. 8 Uhr: abends: Bibelstunde im Vereinshaus, Stadtpfarrer Schmid.

Katholische Gottesdienste.
Sonntag, den 6. Juni. 8 Uhr: Frühmesse, 10 Uhr: Predigt und Amt. 2 Uhr: Andacht. Montag früh 8 Uhr: Gottesdienst in Liebenzell. Montag, Dienstag und Mittwoch 8 Uhr abends: Segensandacht.

Gottesdienste in der Methodistentafel.
Sonntag morgens 9 1/2 Uhr: Predigt, R. Bobith, anschließend Abendmahlsfeier. Sonntag Mittag 2 Uhr: Liebesfest. Mittwoch abends 8 1/2 Uhr: Bibelstunde.

Druck und Verlag der A. Oßfänger'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw.

Reklameteil.

Wohin sind wir geraten?

Noch nicht genug des Alends? Auch noch Aerebktatur und billiger Untergang?

Nein!

Was ist die Rettung?

Bürgerlich wählen!

teil, dem der Vor-
sdruck verlieh. An-
gige Debatte an, an
ildirektor 3 ügel

en Wahlen.

irks Calw hielt
g im Saale der
ntmann Göss er-
n, daß, wenn im
vollständiger ge-
em pflichtgetreuen
Allerdings hätte
mehr gewürdigt
th von oben hätte
der Beamtenstand
organisieren und
riat herabgedrückt
er wegen der In-
teresse daran, daß
zu einen Bericht
sächlich aufgenom-
über die Stutt-
ttet. Wie schon
e des Kreiswahl-
welche mit An-
die Kandidaten
lichtet. Die Ant-
befriedigt haben
schen Volkspartei,
und der Sozial-
wort der U.S.P.,
ine Antwort gab,
he, daß der Kan-
gler, auf die
ung der Steuer-
es Bucher- und
wohl nicht nur
und Pensionäre
gen. Nach einer
ragen schloß der
mmlung. H.
werbe.

o des deutschen
eben, daß unsere
eitsministeriums
Textilarbeiter-
arbeitgeber (Land-
anderen Zeitungen
Arbeiter über 20
entlohn erhalten.
g u. Sonntag,
abgeschwächten,
sdruck ist für
es, warmes, auch
u erwarten.

Der See steigt
eg bereits über-
n Dampfern ein
indelda wird be-
des Seespiegels
ien. Auf tiefer
nell in Angriff
weiter steigen, ist
nte gesehen ist.
er. Die Straße
stellenweise eben-

Bom Turm: 33.
8 Uhr: Früh-
r: Hauptpredigt:
en Söhnen des
Juni. 8 Uhr:
dtpfarrer Schmid.

meße, 10 Uhr:
ntag früh 8 Uhr:
nstag und Mitt-

kapelle.
R. Bobith, an
Mittag 2 Uhr:
Bibelstunde.

Buchdruckerei, Calw.
Eltmann, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Am Samstag, 5. ds., vorm. von 8-10 Uhr wird auf der Freibank an die Buchstaben L-P Rubrik ausgeteilt das Pfund zu Mk. 3.20. Lebensmittelbücher sind mitzubringen.

Wahlspeck.
Ihr kleinen Rentner, die ihr nach arbeitsreichem Leben, unter den größten Entbehrungen auch einige tausend Mark erspart habt, heute der bittersten Not ausgesetzt, seid durch das neue Kapitalertragssteuergesetz noch ärmer geworden. Der Regierung, (Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum) ist es nicht eingefallen, auch kleinen Rentnern irgendwie aufzuhelfen. Die Sozialdemokratie will euch verproletarisieren und hierzu hilft ihre Bruderpartei, die Deutschdemokratische Partei. Von dieser Partei habt ihr keine Hilfe zu erwarten; bis solche von dort kommt, seid ihr verarmt! — Die Deutschdemokratische Partei merkt aber jetzt, daß vielen von euch die Augen aufgegangen sind und will darum mit einem Antrag, den sie jetzt eingebracht hat, euch bei der Wahl fangen — **Wahlspeck!** — Hätte die Deutschdemokratische Partei es wirklich ehrlich mit euch gemeint, so hätte sie für dieses elende Erbsparsteuergesetz nie stimmen können. Sorget daher, ihr Kleinkapitalisten, ehemalige Handwerker, Angestellte, Kaufleute usw. am 6. Juni 1920, daß eine Partei, die stets ehrliche Mittelstandspolitik getrieben hat und für die kleinen Leute eintrat, im Land- und Reichstag auch wieder zu Wort kommt. Solche ist einzig und allein die große bürgerliche Partei der Zukunft, die

Deutsche Volkspartei, (Nationalliberale Partei).

Eine Bauernkundgebung gegen Körner und Genossen.
Die „Süddeutsche Tageszeitung“, Volkszeitung mit Heilbronn und Unterländer Nachrichten, vertritt die „Unabhängige Bauern- und Mittelstandspartei“, die im Oberamt Brackenheim gegründet worden ist. Ein Anhänger dieser Partei, der hinter die Kulissen gesehen hat, schreibt in dem Blatt folgende beherzigenswerte Warnung, welche das im Bauernstand viel gelesene Blatt als Leitartikel mit der Überschrift veröffentlicht:

„Bauern macht die Augen auf!“
Darin lesen wir nach Angriffs auf die Demokratie und Erbsparer:
„Der zerbrochene Kopf im Bauernbund wurde wieder zusammengesetzt, aber das vorher so unliebame preußische Geschmäckle ist beim Bauernbund wieder vorherrschend geworden und es wird im Sinne des großen preußischen Agrariers weiter gewurkst bis eines schönen Tages auch anderen als den Brackenhaimer Bauern und Weingärtnern die Augen aufgehen. — Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, einmal offen auszusprechen, daß der Bund der Landwirte (Württ. Bauern- und Weingärtnerbund) völlig unzeitgemäß und rücksichtslos dasteht. Die Politik des Bundes der Landwirte führt auf schiefe Wege, solange sie von dem preußischen und übrigen Großgrundbesitz gemacht wird und solange der Württ. Bauern- und Weingärtnerbund im Berliner Fahrwasser segelt — und solange die württ. Bauernbundsleiter nach der Berliner Pfeife tanzen. Die Einigung im Bauernstande wird dadurch unterbunden. Wieso ist das möglich, wird man fragen. Mit einem Beispiel wollen wir das zeigen. Im Großgrundbesitz war es üblich, daß jeder Offizier werden oder sein mußte, wenn er gesellschaftlich gleichberechtigt sein wollte. Das anmaßende Gebahren gerade der aus dem Großgrundbesitz stammenden Offiziere im alten Heer hat es mit zu Wege gebracht, daß der Klassenhaß in Deutschland auf eine unerhörte Stufe gelangte, der den Zusammenbruch des deutschen Volkes mitverschuldet hat. Leider begann erst beim Offiziere der Mensch. Wer Soldat war, weiß das. Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte beweist aber auch jetzt noch, daß dieser Geist immer noch vorherrschend ist. Bei der letzten Generalversammlung in Berlin hieß es u. a. auch wieder: „Mit Gott für Kaiser und Reich!“ oder auf gut deutsch: wir im Bunde der Landwirte wollen die Wiederaufrichtung jener Zustände, wo der Mensch erst beim Offiziere anfängt, Mensch zu sein. Der Kleinbauer bleibt der „Mann“, der Pferdeburche, der Diener oder im Verufe der Bäcker, das Kleinbäuerle und das Stimmmaterial bei den Wahlen, damit die hohen Herren wieder in den Sattel gehoben werden können. Mit dem Schlagwort „Zwangswirtschaft“ soll nicht nur die jetzige elende Zwangswirtschaft beseitigt, sondern auch die alte Zwangswirtschaft wieder aufgerichtet werden! Hier liegt der Hase im Krautfeld! Das aber wird den Kleinbauern und den Weingärtnern wohlweislich verschwiegen!
Darum:

Bauern, macht endlich die Augen auf!
! Säcke!
Kartoffel- u. Fruchtsäcke
10 und 15 Mk., zu haben
Karl Böhringer, Heilbronn, Ablandstraße 21.

Mitbürger, Mitbürgerinnen!
In den letzten Tagen des Wahlkampfes sind plötzlich Leute auf den Plan getreten, die von Haus zu Haus gehen, und mit allen Mitteln für eine neue Partei Mitglieder zu werben suchen. Es sind dies Leute, die sich noch nie mit Politik befaßt und sich auch noch nie um die Allgemeinheit gekümmert haben, weil sie mit Recht annehmen, daß ihre Fähigkeiten sowohl wie ihre pers. Eigenschaften sie nicht für eine verantwortungsvolle Tätigkeit verwenden lassen. Weist ihnen deshalb die Türe.
Ein Wähler.

Gebrauchtes Fahrrad
mit Gummibereifung hat zu verkaufen
Robert Volz, Ostelsheim.
1 Eiche,
4 m lang, 0,38 cm verkauft
Fr. Löcher, Spehhardt.

Zur Landtagswahl.
Unser langjähriger Vertreter des Bezirks im Landtag Herr **Emil Staudenmeyer**
Berv.-Naturar und Gemeinderat in Calw
hat sich auf Verlangen großer Kreise seiner Wählerschaft für die Kreiswahl wieder zur Verfügung gestellt. Er hat sich durch seinen unermüdblichen Fleiß, seine reichen Kenntnisse und vielseitigen Erfahrungen auf allen Gebieten des Volkslebens eine geachtete Stellung im Landtag erworben.
Während des Kriegs war er unermüdblich tätig, um den dauernd steigenden Anforderungen der Kriegswohlfahrtspflege gerecht zu werden. Hunderten von Kriegerfrauen und Kriegsteilnehmern ist er mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Kein Schritt war ihm zu viel, wenn es galt, hilfreich einzugreifen und die Leiden des Krieges zu mildern. Ohne Ansehen der Partei und des Standes widmete er seine ganze Kraft den Interessen der Bezirksangehörigen. Es ist allgemein anerkannt, daß er während seiner ganzen parlamentarischen Tätigkeit das wirtschaftliche Wohl des Bezirks, wie das sämtlicher Berufsstände stets nach allen Kräften und nach Möglichkeit vertreten hat.
Daher ist es Ehrenpflicht unseres Bezirks, daß er dem seitherigen bewährten Vertreter die Treue bewahrt und ihm wiederum sein Vertrauen schenkt.
Viele dankbare Wähler.

Motto: Wie auch das Los des Schicksals fällt. Dank denen, die Dich helfen machen! Denn das Gesündeste auf dieser Welt ist ab und zu sich krank zu lachen!
Badischer Hof, Calw.
Montag, den 7. Juni, abends 8 Uhr
Fritz Reuter-Abend! **Fritz Reuter-Abend!**
Gastspiel
des erfolgreichsten Onkel Bräsig-Darstellers
Anton Melzer, Wiesbaden,
Mitglied der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Berlin.
Inhaber der goldenen Fritz Reuter-Medaille.
Onkel Bräsig in Berlin.
Die Perle goldenen Humors, Charakterstudie in Kostüm.
Onkel Bräsig | Der Gefängniswärter | Der Referendar
Bankier Verbacher | Der Schuhmann | Der Photograph
Der Polizei-Präsident | Der Kellner

Monatam. Zu verkaufen: Eine Mähmaschine (Zweispänner) würde sie auch umtauschen gegen eine leichtere. Jakob Schroth alt.
Britischen Wagen, sehr gut erhalten, ca. 80 Itr. Tragkraft verkaufe sofort, weil entbehrlich. Heinrich Frey, Wilberg.
Bestellungen auf Torf für Hausbrand nimmt entgegen. Otto Jung, Telefon 80.

Die Demokraten behaupten:
Wahlsieg der Rechten bringe Bürgerkrieg
Demokratie führe zum Aufstieg - - -
Die Wahrheit ist aber:
Wahlsieg der Rechten bringt Freiheit u. Ordnung
Demokratie brachte Unglück und Not!
Drum wählet:
Württ. Bürgerpartei

Wähler wählt nicht die Deutsche Volkspartei (Bürgerpartei) und die Deutsche Volkspartei (Nationalliberale) denn:
sie streben nach Wiederaufrichtung der Monarchie und des Obrigkeitsstaates. Sie wollen die Klassenherrschaft, gestützt auf Polizeisäbel und Militarismus. Sie propagieren den Krieg der Revanche. Sie verlangen die alten Vorrechte des Geldsacks, andererseits erstreben sie die alte Rechtslosigkeit der Hand und Kopfarbeiter. **Wählt auf Wähler, Wählerinnen wählt sozialdemokratisch!**

Württ. Bürgerpartei.
Am Freitag, 4. Juni, abends 8 Uhr findet im Saale der „Brauerei Weiß“ eine öffentliche **Wählerversammlung** statt, in der Herr Oberpräzeptor Baitinger-Feuerbach über das Thema **Was verlangen wir von der neuen Regierung** sprechen wird. Freie Diskussion. Alle Wähler sind freundlichst eingeladen. Der Ausschuß.

1 Itr. Cement ist auf der Straße v. Calw nach Teinach verloren gegangen. Der ehrliche Finder wolle bei der Geschäftsstelle seine Adresse angeben.


Einige gebrauchte Fahrräder sowie neue **Garnituren,** das Paar zu Mk. 375.— empfiehlt **Karl Heldmayer, Stammheim.**

Zuchtfarrenejuch. Einen zirka 12 Monate alten, zur Zucht tauglichen **Farren** sucht zu kaufen. Chr. Schöninger, Dennjacht bei Unterreichenbach.

Den Grasertrag von 15 ar verkauft am Samstag abends 6 Uhr **Friedrich Eisenhardt, Kaminfegermeister.**

Ein großes Quantum Mohnöl empfiehlt, solange Vorrat reicht **Friedrich Volz, Handlung Oberreichenbach.**

Neuhengstett. 2 Paar schöne Läufer-schweine hat zu verkaufen **Johannes Henne.**

Einen Wurf raffentene **Dachs-Hunde** 8 Wochen alt, verkauft **Christian Stoll, Oberkollwangen.**

Wähler und Wählerinnen!

Am 6. Juni fällt die Entscheidung darüber, nach welcher Richtung das Staatsschiff in den nächsten vier Jahren gesteuert werden soll.
Dem richtigen Kurs stehen schwere Gefahren von rechts und links entgegen!

Gefahren von Rechts:

Siegen Bürgerpartei — Bauernbund — Deutsche Volkspartei, so stehen wir vor neuen Kriegsgefahren von außen, vor Hungersnot in den Städten, vor Arbeiterkämpfen und Bürgerkrieg.

Die Gewaltpolitik der Vorkriegszeit, die Militärdiktatur der Kriegsjahre, unter der 12 Millionen Soldaten und ihre Familien so unsäglich litten, werden neu aufgerichtet, der Hunger lastet noch drückender auf den Armen und Kranken in Stadt und Land. Witwen und Waisen werden dem Verderben ausgeliefert. Die aufkeimende Arbeitsfreude wird von neuem erstickt. Neues Weltmisstrauen macht jede Erleichterung der Gewalttat von Versailles unmöglich. Vor dem Bolschewismus gibt es kein Entkommen mehr.

Gefahren von Links:

Siegt der Radikalismus von Links, so reißt er die Mehrheitssozialisten mit, so wird die deutsche Volkswirtschaft lahm gelegt, die Unternehmungslust erlöset, das freie Bauern- und Bürgertum erdroffelt, die persönliche, politische, geistige Freiheit vergewaltigt, der letzte Rest des Erbes deutscher Vergangenheit, deutscher Selbständigkeit, deutscher Wirtschaftskraft geht zu Grunde. Schon jetzt sind Eisenbahnen, Straßenbahnen, Krankenhäuser und Bäder derart teuer, daß weite Kreise von ihrer Benützung so gut wie ausgeschlossen sind.

* * *

Retten kann uns nur die Demokratie!

Die Demokratie muß siegen. Die Demokratie sichert jedem Erwerbsstand seine Bewegungsfreiheit, sein Lebensrecht, seine Existenz.

Die Demokratie sichert dem Bauern gute, gesunde Preise für seine Erzeugnisse und so bald als irgend möglich auch die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide; sie tritt gleichermaßen für die Interessen der Handwerker, der Beamten, Angestellten und Arbeiter ein und sucht so die Gegensätze zwischen den einzelnen Erwerbsständen gerechterweise auszugleichen.

Die Demokratie allein hält die verschiedenen geistigen, konfessionellen, sozialen, wirtschaftlichen Gruppen des Volkes zusammen.

Nur die Demokratie kann die Einheit des Volkes und die Festigkeit des Staates schaffen und erhalten, und findet auch in der Weltpolitik das Maß an Vertrauen und Würdigung der schweren Lage, ohne das Deutschland nicht weiterkommen kann.

Wähler! In Eurer Hand liegt die Entscheidung! Wer nicht wählt, unterstützt die Gegner! Niemand darf fehlen, es gibt keine Entschuldigung!

Alle deutschen Männer und Frauen, die gesamte wahlberechtigte Jugend unterstützen bei der Wahl!

die Deutsche Demokratische Partei!

Ev. Volksbund.

Am Dienstag, den 8. Juni ds. Js. abends 8 Uhr, im Weißhirschen Saal (Brauerei Dreiß)

Vortrag

(ohne Wirtschaft)

der Bezirksabgeordneten für die Landeskirchenversammlung, Herr Stadtpfarrer Sandberger von Liebenzell und Herr Fabrikant Blank von hier

über die neue Kirchenverfassung u. über die künftige Pfarrstellenbesetzung.

Hierzu werden sämtliche evangelischen Gemeindeglieder von Calw und Umgebung freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Calw.

Brennereiberein Bezirks Calw.

Berufung

am Sonntag, den 6. Juni, mittags 2 Uhr, bei Kollege Harsch, zum „Schiff“, Calw.

Tagesordnung: Einkauf von Brennkerzen und Sonstiges. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Ausschuß.

Musikverein Unterreichenbach - Dennjacht.
Am Sonntag, 6. Juni, macht der Verein einen

Tagesausflug
nach Oberreichenbach in das Gasthaus zum „Löwen“ zu Mitglied Kusterer.

Der Vorstand.

Widersprüche in der Ernährungsfrage.

In dieser für unser ganzes Volk so überaus wichtigen Frage hat der Abgeordnete Bazille namens der konservativen Bürgerpartei und des Bauernbundes 1. am 9. März 1920 den Antrag eingebracht (Beilage 336 der Land. Druckschr.), die Zwangsabewirtschaftung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für das Wirtschaftsjahr 1920 bedingungslos aufzuheben. 2. Am 12. März 1920 folgende Anfrage an die Regierung gerichtet (Beil. 344):

Ist das Staatsministerium bereit, über die Ernährungslage Auskunft zu geben?
Welche Maßnahmen gedenkt das Staatsministerium zu ergreifen, um der drohenden Hungersnot und den daraus sich ergebenden furchtbaren Gefahren zu begegnen?

**Wie reimt sich das zusammen?
Ist das noch eine offene ehrliche Politik?
Das Urteil über solch zwiespältiges Verhalten überlassen wir ruhig den Wählern.**

Etwas Gutes für Haare und Haarboden ist echtes Brennerei-Haarwasser
ferner feinstes Birken-Haarwasser
R. Otto Vincon, Calw.

Achtung! Achtung!
Frisch eingetroffen
la. Treibriementwachs
in Stangen
Georg Maier, Bad Liebenzell.

Eine Partie **Wagner-, Schlosser- und Mechaniker-Werkzeug**
sowie eine große Anzahl **leere Körbe und Kisten** preiswert abzugeben.
Störzinger & Schwinghammer, Feinachtal.

Der Landauslage dieses Blattes liegt ein Wahlauftrag der Deutsch-demokratischen Partei bei.

300 Liter guten Most und ca. 150 Liter **Most-Essig** setzt dem Verkauf aus. (Wird nur zusammen abgegeben).
Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

1 Sportwagen ist preiswert zu verkaufen. Von wem, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Versammlung.
Am Samstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr hält die **Unabhängig. Sozialdemokr. Partei** im Gasthof zum „Babischen Hof“, eine **öffentliche Versammlung** ab, wozu jedermann freudl. eingeladen ist.
Referent: Paul Haase, Redakteur der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung.

Achtung, Wählerinnen! Achtung, Wähler!
Wißt ihr nicht, wohin mit den Demokraten die Reise geht. Dann lest die Inschrift des Kranzes auf dem Spartakistengrab in Elberfeld:
„Den gefallenen Freiheitskämpfern!
Die demokratische Partei.“
Laßt euch erzählen, was die Mord- und Raubgefahren, die demokratischen „Freiheitskämpfern“, an Schandtaten auf dem Gewissen haben! (Eind, das zum Himmel schreit.)
Wer nicht will, daß wir in der bolschewistischen Flut versinken, der wähle **Württ. Bürgerpartei!**

Zigarren

selbst hergestellte Ware, empfiehlt zu äußerst billigem Preis
Johannes Reutshler, Spindlershof-Calw.

Malerschule Calw.
Sur Teilnahme an einem **landschaftlichen Kursus (Malen im Freien)**
können sich noch Interessenten, Herren, Damen und Schüler anmelden bei Kunstmaler Julius Müller, Calw, Lederstraße 184.
Bei entsprechender Teilnehmerzahl findet in Liebenzell evtl. Teinach besonderer Unterricht statt. In Liebenzell erteilt bereitwilligst Auskunft Fräulein Hartmann, Vorsteherin der hsh. Mädchenschule.